

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Wirtschaftspolitische Verfahrenheit.

Die deutschen Wirtschaftsführer, oder was sich anmaßend nennt, stehen volkswirtschaftlich auf keiner besonderen Höhe. Schon mehr als einmal waren sie Gegenstand der öffentlichen Kritik, weil ihr Handeln nichts von den für eine Herstellung erforderlichen Eigenschaften aufwies. Es ist hierfür nur an die annektonistische Einstellung dieser Führer erinnert zu werden, an der sie trotz aller Fehlschläge am Ende des Krieges festhielten und damit zum Schaden des deutschen Volkes den schließlichen Zusammenbruch vorbereiteten. Ihre Führerqualitäten sind seitdem nicht gewachsen. Das sehen wir besonders gegenwärtig. Während in den Vereinigten Staaten das Industrie- und Finanzkapital auf die Initiative des Präsidenten Hoover das amerikanische Wirtschaftskräfte kräftig herumrührt, um vor dem Hereinziehen in den Strudel des Börsenkrachs zu warnen, stehen die sogenannten führenden Kreise in Deutschland dem nun schon seit mehr als einem Jahr dauernden Niedergang der deutschen Wirtschaft untätig und ratlos gegenüber. Statt zu handeln, gefallen sie sich in der Rolle heulenden Derwischen, jammern und klagen mit gleichmütiger, eintöniger Melodie das Lied von der Schuld der Nation wiederholend.

Die deutschnationalen Führer um Hugenberg jammern über die untragbaren Reparationslasten und verkünden als Folge den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und verschiedener anderer. Von den Führern im Reichsparteitag Lager wird über die unerhörten Steuern, sozialen Lasten und zu hohen Arbeitslosen geplagt. Daneben jammern die Führer der Großindustrie und Finanz auf ihren Kundgebungen bei feierlichen kulinarischen Genüssen über die verderblichen Auswirkungen der öffentlichen Wirtschaft, dem Mangel an Rohstoffen und Verantwortungswilligen beim deutschen Volke die zunehmende Versorgungs- und Rentensucht in den unteren Volksschichten. Ihnen gesellt sich schließlich der beste Professor Cassel mit seinem Anhang hinzu, der ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Strukturänderungen mit dem unwiderstehlichen Ausdauer seine Klagelieder über das durch die wirtschaftliche Sozialpolitik gestörte Gleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft erschallen läßt.

Im wesentlichen sind diese Klage- und Jammerlieder auf den gleichen Ton gestimmt, nämlich: daß die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen muß, wenn nicht die öffentliche Wirtschaft zugunsten der privatkapitalistischen eingeschränkt, die öffentlichen sozialen Aufwendungen die staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lasten in stärkerem Maße als bisher breiten Massen des arbeitenden Volkes auferlegt werden. Von einer Berücksichtigung der sich immer ungestaltender gestaltenden Lage der Arbeiter und Angestellten, der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit sowie den hieraus resultierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen ist in den Äußerungen dieser Wirtschaftsführer kaum zu bemerken. Noch weniger begegnen wir Vorschlägen, wie mit einiger Aussicht auf Erfolg den bestehenden Zuständen abgeholfen wäre. Diese sind nach ihrer Ansicht entweder gar nicht vorhanden oder lediglich nur als Nebenbedingung auf falschen Voraussetzungen aufgebauten wirtschaftlichen und Sozialpolitik zu betrachten, die der Ausbeutung der unteren Volksschichten nicht den vom Kapital erforderlichen Spielraum läßt.

Dem mit der geschichtlichen Entwicklung vertrauten Volk ist diese Haltung der kapitalistischen Wirtschaftsführer nicht überraschend. War es doch von jeher das Verhängnis der herrschenden und herrschenden Klasse, daß sie für die Lage der unteren, von ihr ausgebeuteten Volksschichten kein Verständnis besaß. Besonders drastisch kam bekanntlich das Verhängnis in dem Verhalten des französischen Adels zum Ausdruck der großen Revolution zum Ausdruck. Blind war das Elend des armen Volkes und dessen Klagen lebte die herrschende Klasse in verschwenderischem Ueberfluß sowie toller Verschwendung dahin, bis die Revolution diesem Treiben ein Ende setzte und die feudale Herrlichkeit hinwegfegte. Die dem alten Junkertum in der Herrschaft folgende Kapitalistenklasse hat aus diesen geschichtlichen Vorgängen nichts gelernt. Auch in Deutschland nicht, obwohl es an Warnungen nicht fehlte. Die Novemberrevolution vom Jahre 1918 war eine Warnung, die zum Ausdruck brachte, daß auch der

unendlichen Geduld des deutschen Volkes gegenüber die Dinge nicht über eine bestimmte Grenze hinausgetrieben werden dürfen. Vielleicht war die Warnung nicht eindringlich genug; denn die Großagrarien, Großindustriellen, die das Bankkapital, sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Im Gegenteil haben es alle diese Kreise verstanden, aus der dem Kriege folgenden politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung erhebliche Vorteile zu ziehen. Das erklärt denn auch, wenn die ehemaligen, das Elend der deutschen Wirtschaft wie des Volkes verschuldenden Annektonpolitiker mit ihrem Anhang wieder oben auf sind und sich dem Volke mit dreifacher Anmaßung als Führer und Moralprediger aufdrängen. Selbstverständlich können sie das nur, weil das Volk zu schnell vergessen hat, wer die Urheber seiner wirtschaftlichen und sozialen Not sind. Doch gibt ihnen diese Vergeßlichkeit keinen dauernden Freibrief, ihr Treiben unbehindert fortzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich an einem äußerst kritischen Punkte. Nicht aus den von den kapitalistischen Wirtschaftsführern angegebenen Gründen. Die Reparationslasten sind unbestreitbar außerordentlich schwer und bilden eine starke Belastung der deutschen Wirtschaft. Doch ist es übertrieben, sie als völlig untragbar zu bezeichnen. Das gleiche gilt von den Steuern und sozialen Lasten. Auch in den sogenannten Siegerländern sind diese Lasten nicht geringer, teilweise sogar noch höher, vor allem für die besitzende Klasse, ohne daß sie das gleiche Jammergeschrei erhebt. Endlich hat es das deutsche Volk und besonders die Arbeiterklasse an Lebens- und Arbeitswillen nicht fehlen lassen. Wo wären wir, wenn das unverantwortliche Geschwätz des abgegangenen Reichsbankpräsidenten Schacht in Bremen auf Wahrheit beruhen würde? Die deutsche Wirtschaft wäre längst unrettbar zusammengebrochen! Statt dessen hat sie sich trotz verlorenem Krieg, Ruheinbruch, Inflation, Reparations- und Soziallasten in geradezu staunens-

wertem Maße erholt. Nicht zum wenigsten ist dieser Erfolg der Arbeits- und Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse zuzuschreiben, die weder am Kriege, noch an der Inflation, noch aus dem Wiederaufstieg der Wirtschaft etwas gewonnen hat. Sie mußte sich vielmehr damit begnügen, ihre bereits vor dem Kriege errungene Lebenshaltung zu behaupten, was ihr bis jetzt dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation gelungen ist.

Wenige es nach dem Willen der kapitalistischen Wirtschaftsführer, so ständen wir in Deutschland längst vor einem Scherbenhaufen! Die von ihnen auf weitere steuerliche Belastung der arbeitenden Volksschichten, Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft sowie der sozialen Leistungen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, müßte verhängnisvolle Wirkungen auslösen. Schon so ist die Situation gespannt genug! Die Arbeiterklasse vermag eine Arbeitslosigkeit in dem gegenwärtigen Umfang auf die Dauer nicht zu ertragen. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer wissen für ihre Beseitigung keinen Rat. Was sie zu ihrer Eindämmung vorschlagen oder fordern, kann das Uebel nur vergrößern, weil diese Vorschläge und Forderungen nicht auf die Wahrung der Gesamtinteressen des Volkes, sondern auf Erweiterung der Rechte und Vorteile des Großkapitals hinauslaufen. Demgegenüber haben die Gewerkschaften in ihren Kundgebungen wiederholt den Weg gezeigt, der begangen werden muß, um dem Widerstand ein Ende zu machen, daß trotz fortgesetzter Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit die Kaufkraft des deutschen Volkes immer tiefer heruntergedrückt wird und Millionen wertvoller Arbeitskräfte feiern müssen. Regierung wie Gesetzgebung kommen nicht darüber hinweg, die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften recht bald und eingehend zu prüfen und in vollem Maße zu berücksichtigen.

Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Bezirksleitern.

Am 12. und 13. März tagten die beiden Körperschaften im Verbandshaus zu Hamburg. Es galt vor allem zu organisatorischen, agitatorischen und Tariffragen Stellung zu nehmen und über Fragen verwaltungstechnischer Art bestimmte Richtlinien zu treffen. Der Vorsitzende Kollege Bah, leitete die Sitzung mit einem umfassenden Vortrage ein, wobei er alle seit der vor einem Jahre stattgefundenen Tagung mehr oder weniger in die Erscheinung getretenen, das gesamte Verbandsleben berührenden Fragen und Vorkommnisse einer eingehenden Beleuchtung unterzog und darauf hinwies, daß die Konferenz über die notwendigen weiteren Maßnahmen zu beraten habe. Vorerst gab er einen gut pointierten Ueberblick über die politischen und finanziellen Verhältnisse im Reich, in den Ländern und Gemeinden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, das schwere Los des Millionenheeres der Arbeitslosen, die Unsicherheit und Mutlosigkeit im Geschäftsleben bildeten das Charakteristische der heutigen Verhältnisse. Er erläuterte den Stand der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, die eine erschreckende Höhe angenommen habe, trotzdem wir einen selten gelinden Winter hatten. Die Entnahme von Erwerbslosenmarken sei rapid gestiegen. Dazu komme die überaus große Zunahme der Lehrlinge, deren Zahl mit 45 000 nicht zu hoch gegriffen sein dürfte.

Die Mitgliederentwicklung sei unter so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen dennoch recht erfreulich, wiewohl die Fluktuation immer noch eine große sei. Ebenso sind unsere Kassenverhältnisse als gesund zu bezeichnen, die größten Ausgaben entfallen auf das Konto der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Invalidenunterstützung wird im April 1930 in Kraft treten. Unter allen Umständen müssen bei allen im gesamten Verbandsgebiet vorzunehmenden Revisionen die Kassierer und sonst dabei beteiligten Vertrauenspersonen ihre Mitgliedsbücher zur gegenseitigen Einsicht vorlegen; vielfach sei das unterlassen worden, deshalb müsse erneut darauf hingewiesen werden. In seinen weiteren Ausführungen gab Kollege Bah einen Ueberblick über die Arbeiten und Kämpfe, die das gesamte Baugewerbe bei der Neugestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durchzuführen hatte, wobei die eigenartige Stellungnahme der Vorstehenden bestimmter Landesarbeitsämter näher beleuchtet wurde.

Die Tätigkeit auf dem von uns seit Jahren gepflegten Gebiete der Beschaffung von Winterarbeit wurde fortgesetzt; dem Reichsausschuß für Sachwerterhaltung gehört unser Verband als Mitglied an, ebenso ist er im Fachauschuß für Anstrichtechnik und im Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild vertreten. Ueber die Arbeiten dieser Ausschüsse wird im "Maler" berichtet. Die Bleiverordnung besteht im Juni dieses Jahres 25 Jahre, leider ist die Ratifizierung der Genfer Vereinbarung noch immer nicht erfolgt.

Zum Schluß wies der Referent auf die erstmalig in unserm Verband veranstalteten Kurse hin, an denen 195 Verbandsfunktionäre teilnehmen konnten. Mit den Tariffragen wird sich die Konferenz noch besonders zu beschäftigen haben, die Kündigung des Lohnabkommens für das R.L.-Gebiet ist am 11. März durch den Reichsbund erfolgt.

Die sich anschließende Aussprache richtete sich hauptsächlich auf die Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung, mit der für viele Kollegen stiefmütterlichen Behandlung in der Sonderfürsorge. Auf dem Gebiete der Beschaffung von Winterarbeit konnte in einer Reihe von Städten doch wieder mancher Erfolg erzielt werden. Weiter wurde noch debattiert über die Invalidenunterstützung, Rechtschutzfragen und über eine Veränderung der Reiselegitimationsformulare. Die Jugendtreffen bedürfen guter Vorbereitung; mindestens soll ein Lehrling während seiner Lehrzeit einmal an einem Treffen teilnehmen.

Am zweiten Tage nahm die Konferenz eingehend Stellung zu unserer bevorstehenden Werbetätigkeit und ihrer Ausgestaltung in diesem Jahr. Die Erfahrungen mit den Photo- und Lichtbildapparaten lauteten durchweg günstig. Als notwendig erachtet wird die geordnete Zusammenstellung von geeignetem statistischen Agitationsmaterial aus dem Berufe. Der Entwurf eines Werbevortrages für das Fachblatt war mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden. Allgemeine Zustimmung herrschte darüber, daß es notwendig sei, bei jeder Gelegenheit unsere tatsächlichen großen organisatorischen Erfolge in den Vordergrund zu stellen, mit der bisher gepflegten übergroßen Bescheidenheit müsse gebrochen werden. Des weiteren kam die Werbearbeit bei den Lackierern zur Sprache. Von seiten der Filialen müsse der Lackiererbewegung mehr als bisher größeres Interesse entgegengebracht werden.

Die Beratungen zum Punkt Tarifablauf nahmen das volle Interesse der Konferenz in Anspruch, da ihr die zahlreichen Anträge und Wünsche unserer Filialen zu der

einzelnen Paragraphen des Tarifs vorlagen. Ueber die zu ergreifenden faktischen Maßnahmen konnte volle Einmütigkeit erzielt werden.

Zur Durchführung unserer Tariffstatistik und aller sonstigen statistischen Aufnahmen innerhalb des Verbandes besprach Kollege Thomen die notwendig anfallenden vielseitigen und komplizierten Arbeiten. Es müsse vor allem Pünktlichkeit und Sorgfalt den Arbeiten auf diesem Gebiete gewidmet werden; unbedingt notwendig sei es, über alle Lohn- und Tarifbewegungen — ohne und mit Arbeitseinstellungen — an denen Mitglieder der Organisation beteiligt sind, die vorgeschriebenen Schlußberichte auszufertigen und sie sofort nach dem Abschluß der Bewegung an den Hauptvorstand einzufenden. Damit war die Aufgabe der Konferenz erschöpft. Kollege Wahschie kurz das Ergebnis der Besprechungen über eine große Reihe der brennendsten Fragen zusammen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch im laufenden Jahr unter Verband eine weitere günstige Entwicklung im Interesse der gesamten Kollegenschaft nehmen möge.

Zur allgemeinen Wirtschaftslage.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird in Deutschland gekennzeichnet durch die katastrophale Arbeitslosigkeit. Es ist behauptet worden, daß man die Wirtschaftskrise von gewisser Seite gebraucht, um die Neuordnung der Finanzlage im Reich unter Druck zu setzen. Fast alle Berichte der Unternehmungen aus der letzten Zeit lassen die Rentabilität der deutschen Wirtschaft erkennen, die Geldschwierigkeiten der Reichs- und Kommunalbanken und die dadurch hervorgerufene Vergrößerung der Arbeitslosigkeit sind Folgen der bisherigen Tätigkeit der Anleiheberatungsstelle der Reichsbank, die die Aufnahme von Anleihen unterband.

Der Anstieg an Arbeitseinkommen durch die herrschende Erwerbslosigkeit wird für das letzte Quartal 1929 auf 1 Milliarde Reichsmark beziffert. Wenn damit zusammenhängend berichtet wird, daß gegen 1925 das nominelle Volkseinkommen von 54,3 auf 69 bis 72 Milliarden gestiegen ist, so geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Zusammenballung der großen Vermögen in den Händen von Konzernen und einzelnen weiter fortgeschritten ist. Sicherlich hat die breite Masse nicht den erforderlichen Anteil an dem gestiegenen Volkseinkommen. Das beweist unter anderem auch der verringerte Inlandsabsatz. Dieser Verdienstzuwachs des Kapitals wird durch die internationale Kapitalwanderung dem deutschen Geldmarkt entzogen. Bemerkenswert ist dabei, daß zwischen einzelnen Ländern derartige Kämpfe um die günstigsten Bedingungen für einwanderndes Kapital stattfinden.

Gegenwärtig stellen amtliche deutsche Stellen eine weitere Entspannung der Kreditmärkte fest. Sie erhoffen davon Rückgang der Arbeitslosigkeit und durch die Zunahme der Beschäftigung eine weitere Steigerung der Umsätze auf dem Inlandsmarkt. Inwiefern dabei das Baugewerbe beteiligt ist, kann heute kaum gesagt werden. Die fehlenden Auslandsgelder werden zum weiteren Nachlassen der Baukonjunktur führen. Der öffentlichen Baufinanzierung, die ja heute beim Wohnungsbau etwa 35 % beträgt, wird es bei dem Stande der deutschen Finanzen kaum gelingen, das Baugewerbe in genügendem Maße zu beleben. Schon jetzt heißt es, daß die Finanzierung der 170 000 aus dem letzten Baujahr übernommenen Wohnungen nicht überall endgültig gesichert erscheint. Im vergangenen Jahre sind dem Baugewerbe 377 Millionen Mark Auslandskapital zugeflossen. Die Lebensversicherungsgeellschaften haben ihren Anteil bei der Kapitalbeschaffung um 50 % erhöht. (242 Millionen Hypotheken und 48 Millionen Kommanditdarlehen.) Eine Schwächung des Kapitalfonds der Sozialversicherungsanstalten durch die Vorschläge des Reichsfinanzministers würde eine weitere Verknappung der Mittel für den Baunarkt bedeuten.

Wie wenig unser Gewerbe bei seiner heutigen Struktur aber selbst durch Vermehrung des Bauens geholfen wird, geht es der schlechten Beschäftigung des Jahres 1929 hervor, das als Rekordbaujahr bezeichnet wird. Neun Milliarden sind verbaut, davon 3 1/2 bis 4 Milliarden für gewerbliche Bauten, 2 Milliarden für öffentliche Bauten, 3 1/2 Milliarden für Wohnungsbau. Der Reinzugang an Wohnungen beträgt 320 000 gegen 1928, also 24 000 mehr.

Trotzdem haben wir im Jahresdurchschnitt 23,6 % Arbeitslose festgestellt. Hierdurch ist bewiesen, daß ein Daniederliegen der Wirtschaft die schlimmsten Schäden für unsern Beruf bringt. Für das Malergewerbe ist heute mehr denn je der private Auftraggeber ausschlaggebend, nicht das Baugewerbe.

Die Leipziger Messe und die Unfallverhütung.

Jahr um Jahr lenkt die Leipziger Messe die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit und des gesamten Auslandes auf sich. Trotzdem ahnt kaum jemand, daß dort neben Ausstellung und Verkauf auch auf einem Spezialgebiete eine sehr wichtige besondere Arbeit, und zwar auf dem Gebiete der Unfallverhütung geleistet wird. Nicht nur die Leipziger, sondern auch andere größere Messen und Ausstellungen werden nämlich durch sachverständige Kreise daraufhin übermachtet ob die Ausstellungsgegenstände, insbesondere Maschinen und Betriebseinrichtungen, die angeboten und verkauft werden, den in bezug auf die Verhütung von Unfällen zu stellenden Anforderungen entsprechen. Findet bereits in der bei der Zentralstelle für Unfallverhütung des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften eingerichteten Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung eine äußerst nützliche Gemeinschaftsarbeit zwischen den Maschinenherstellern und den mit der Unfallverhütung betrauten Organen statt, so dient die Ueberwachung der Messen und Ausstellungen dazu, Verständnis für den Maschinenschutz in Händler- und Käuferkreisen zu verbreiten. Hierzu werden alle Ausstellungsobjekte nach Maßgabe einheitlicher Richtlinien durch berufsgenossenschaftliche Aufsichtsbeamte, die für das Gebiet der Ausstellung sachverständig sind, daraufhin kontrolliert, ob die vorschriftsmäßigen Unfallverhütungsvorrichtungen an ihnen vorhanden sind und der Technik entsprechend einwandfrei funktionieren. Am einfachsten wird dem Laien die Art dieser Ueberwachung und ihre Bedeutung klar, wenn er aus der Praxis etwas erfährt. So gibt zum Beispiel der letzte Bericht dieser Messe-Ueberwachungskommission von der Leipziger technischen Messe im Herbst 1929 interessante Einblicke in diese Arbeit. Außer den technischen Aufsichtsbeamten von 15 Berufsgenossenschaften wurden die Maschinenverbände, der Verein deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, das Reichsversicherungsamt, das Sächsische Arbeitsministerium sowie andere Behörden und Körperschaften bei den Prüfungsarbeiten beteiligt. Durch die Zusammenarbeit der genannten Körperschaften und Behörden auf der Messe wird bei allen beim Maschinenschutz auftauchenden Fragen eine glückliche Lösung erreicht. Auch ist es auf diese Weise möglich geworden, durch gegenseitige Aussprache eine einheitliche Linie in der Unfallverhütungstechnik zu wahren.

Der Verkehr mit den Ausstellern bewegte sich durchweg in angenehmen Formen. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Aussteller bereitwillig auf die Wünsche der Kommissionsmitglieder ein und ließen sich von der Zweckmäßigkeit der Anordnungen überzeugen.

Während früher stets eine Menge der Ausstellungsobjekte zu beanstanden waren, war ihre Zahl auf der letzten Herbstmesse, ebenso wie in der letzten Zeit stets, sehr gering. Die Beeinflussung der Hersteller dieser nicht ganz unsicher gebauten Fabrikate geschieht dann weiterhin durch die entsprechenden Fachgruppen, in deren engeres Arbeitsgebiet die betreffenden Maschinen fallen, so daß in Kürze mit der Abstellung der beanstandeten Mängel zu rechnen ist. Nur wenn diese Bemühungen erfolglos bleiben, wird an die Zentralstelle für Unfallverhütung beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften berichtet, die dann weitere Schritte unternimmt. Auch der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten wird von den Beanstandungen unterrichtet. Besonders interessant ist weiter aus dem letzten Bericht beispielsweise, daß eine durch Einführung neuer Maschinen aufgetauchte Unfallgefahr bei den praktischen Demonstrationen beobachtet wurde. Es handelt sich da um neue Motor-Baumstammjägen, bei denen Teile der Baumrinde mit so großer Wucht abgeschleudert werden, daß sie unfallgefährlich wirken. Entsprechende Empfehlungen zur Abstellung oder Minderung dieser Unfallgefahren wurden sofort herausgegeben. Oder es wurden zum Beispiel an einigen Druckbehältern Sicherheitsventile festgestellt, bei denen ein unbefugtes Verstellen der Ventile möglich ist.

Diese Ventile müssen plombiert sein, dadurch wird ein möglicherweise drohender Unfallgefahr von vornherein ausgeschlossen. — Besondere Aufmerksamkeit wird auch den ausländischen Fabrikaten gewidmet, die nicht immer den in Deutschland geltenden Unfallverhütungsvorschriften entsprechen. —

Schon dieser kurze Einblick in die Tätigkeit der Messe-Ueberwachungskommission gibt einen Begriff davon, welche segensreiche Tätigkeit zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung hier geleistet wird. Durch eine derartige Erfassung der Maschinen, ehe sie in die Hand des Benutzers gelangen, wird mancher sonst unvermeidbare Unglücksfall rechtzeitig verhindert, also hier einmal „der Drummern zugedeckt, bevor das Kind hineingefallen ist“.

Die jetzt immer populärer werdende Unfallverhütungs-Propaganda der Berufsgenossenschaften tritt sonst meist auf psychologische, an den Menschen sich richtende Aufklärungs-Ercheinung. Darum ist es so wichtig, daß auch auf dem Gebiet des rein technischen und mechanischen Unfallschutzes von den Berufsgenossenschaften alles Notwendige und Mögliche geschieht.

Aus unserm Beruf

25 Jahre Füllalkaffee.

Am 1. April 1930 werden es 25 Jahre, daß der Kassierer der Filiale Dresden, der Kollege Franz Spranger die Dienste der Organisation gewidmet hat. Was der Kollege Spranger in dieser langen Zeit für die Organisation geleistet hat, kann hier nicht im einzelnen gewürdigt werden. In der Zeit, wo es noch gefährlich war, sich zur Organisation zu bekennen, hat er unerschrocken und ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Schädigung für den Verband gearbeitet und fast jeden freien Sonntag gewidmet, um die Offizianten die unorganisierten Kollegen aufzusuchen und sie für den Verband zu gewinnen. Damals war es eine kleine Schar Aufrechter, die die Mittelleidenschaft unserer Filiale bildeten. Heute ist es eine große Zahl geworden und dieser Aufstieg ist in erster Linie dem unerschrockenen Tätigkeit unseres Kollegen Spranger verdanken. Unentennbar war er mit der Organisation gewachsen, wie selten ein Mensch. Neben der freudigen Erkenntnis des Anwachsens der Organisation ist ihm auch manche bittere Stunde nicht erspart worden, gerade seine Amtszeit fiel ja die schwere Zeit des Krieges und der Inflation. In jäter Ausdauer und mit großer Hingabe hat er aber durchgehalten und alle Schwierigkeiten unter großer Entbehrungen bewältigt. Aus gesundheitlichen Rücksichten muß er nun aus seiner ihm liebgewordenen Tätigkeit scheiden. Wir danken ihm für seine Treue und für das Opfer, die er der Organisation gebracht hat und knüpfen hieran den Wunsch, daß sein Lebensabend ein recht heiliges sein möge und sein Lebenswerk, die Organisation, in blühe und gedeihe.

Hamburg. (Aus dem Geschäftsbericht). 1929 war ein der schwärzesten Jahre für die Hamburger Kollegen. Die Hunderte waren von ungewöhnlich langer Arbeitslosigkeit betroffen. Das weist eine Statistik nach, an der sich 2/3 oder mehr als drei Viertel aller Völlmitglieber beteiligten. Nur 409 Kollegen, das sind 18,8 %, standen dauernd Arbeit, während 1588 oder 72,9 % wegen Arbeitsmangel und 181 oder 8,3 % wegen Krankheit feiern mußten. Die durchschnittliche Arbeitsdauer betrug für den einzelnen 38,7 Wochen, die Arbeitslosigkeit dauerte für den einzelnen Betroffenen 15,7 Wochen und für den einzelnen Baumaler sogar 16,4 Wochen. Das betrübliche Bild wird von den Feststellungen des beruflichen Arbeitsnachweises vollaufgeklärt. 3977 Berufsangehörige (einschließlich der unorganisierten) suchten in 10 809 Fällen eine Arbeitsvermittlung. Da nur 8166 offene Stellen vorhanden waren kamen auf jedes Hundert 132,4 Arbeitsuchende. Auch in das laufende Jahr sind die Aussichten zur Zeit noch ungünstig. Es fehlt eben das große Arbeitsfeld der Neuvermietung von Mietwohnungen. Der Anfall von Arbeitsaufträgen beläuft sich dadurch schätungsweise auf ein Drittel gegenüber der Vorkriegszeit. Dieser Mangel hat einen unerhörten Konkurrenzkampf unter den Malermeistern hervorgerufen, den sich private wie behördliche

Warum denn?

Warum ist denn mit großen Herrn Nicht rätlich, Kirichen essen? Weil sie vielleicht vergesen, Daß aus von Gott, dem größten Herrn, Die Früchte gleich gemessen?

Träg' einer Orden, Band und Stern, Wollt mit mir Kirichen essen — Strachs wär ich so vermessern: Wie da es ich die Kirichen gern, Laß uns zusammen essen."

Und ließe er mir nur den Kern, Wollt's Fleisch allein essen, Schiäg' ich ihm in die Fressen. Drum laßt, warum's mit großen Herrn Nicht rätlich, Kirichen essen?

Adolf Glasbrenner.

Maler-Erlebnisse.

Am ersten Male nachzählt von Käthe Grell, Berlin. Kriegszeit. In einem kleinen Nest zwischen Berlin und Spandau war ein Gastzimmer zu machen. Zwei Kollegen trafen sich mit einer Decke ab, die absolut nicht klar wird.

Sie beschließen, aus dem in der Nähe liegenden Stall etwas Holz zu holen, der, wie ich mir sagen ließ, ein altes Holzstapel ist.

Der Herr geht hinaus dabei und meint, daß da noch maler Kumpfen sein wären, worauf der ein wenig stockende Kollege B. rufft:

„M—m—menschkind, m—meinst du, d—d—daß die K—kup extra für dich d—durchs Sieb sch—sch—schmeißt?“

Auftraggeber ein Sektfabrikant aus der Umgegend Wiesbadens.

Das Innere der Villa wurde künstlerisch neugestaltet. Ein Maler war gerade damit beschäftigt, einen Fries-Ofen „Majolika“ zu machen; die Grundfarbe war bereits aufgetragen, als Auftraggeber und Meister dazukamen.

Die Farbe muß erst runter, ganz runter, bis man die rohen Kacheln sieht“, meinte der Besitzer.

Da gab's keinen Widerspruch. Der damalige Hofmalermeister machte eine Verbeugung und sagte:

„Jawohl, wird gemacht.“

Was tun? Jetzt ablaugen, wo Decke, Wände und Fußboden tipptopp waren.

Kann waren die beiden Herren außer Sehweite, als der Gehilfe kurz entschlossen zum Pinsel griff und die betreffenden Teile so anstrich, daß sie rohen Kacheln täuschend ähnlich sahen.

Zufrieden waren am nächsten Tage: der Auftraggeber, der Meister und nicht zuletzt — der Gehilfe.

Nun konnte der Anstrich von Grund auf beginnen.

Ein kleiner Meister in der Nähe des Wittenbergplatzes hatte einen Arbeiter, der in eigenartigem Verhältnis zu seinem Meister zu stehen schien.

Als ein Wohnungsinhaber, bevor er den Auftrag erteilte, den Meister sprechen wollte, damit dieser den Kostenaufschlag mache, meinte der Arbeiter:

„Ach, der kann ich Ihnen auch jagen“ und nannte nach einiger Ueberlegung eine Summe, die der Herr sehr hoch fand.

„Das ist aber teuer, andere Firmen machen es sich billiger.“

Darauf der Arbeiter: „Ja, der is allens mit den Unterschied, andere streichen die Farbe auch nur oben drüber aber wir — wir streichen sie so richtig in.“

Glasbrenner-Worte.

Adolf Glasbrenner, der beste satirisch-politische Dichter des vorigen Jahrhunderts und einer der glänzendsten Schriftsteller des Berliner Volkslebens, ist am 27. März seinen 120. Geburtstag feiernd. Die meisten seiner Dichtungen sind selbstverständlich zeitgebunden und haben heute deshalb nur noch historischen Wert. Mehreres ist auch heute noch so frisch und lebendig, als es für unsere Zeit geschrieben.

Ganz recht: Recht muß Recht bleiben. Aber: wo es bleibt, fragen oft viele vergebens.

Gerechtigkeit ist ein schön' Ding, aber es gibt auch Unrecht.

Prozesse sind och bloß en Verjünjen vor diejenigen, welche Geld haben und sich ihr Recht verschaffen können vor den Pauperismus und de Proletariatier sind je jar nicht die haben niemals recht, weil je keen Geld haben.

Wahrheit wird wohl gedrückt, aber nicht erstickt.

Wer sind die Vornehmen? Die sich all vorweg nehmen und sich alles vornehmen, aber nichts tun.

Was würde das für ein Karneval werden, wenn einmal alle Großen ihre Masken abnahmen, und die Kleinen zuschauten.

Arbeitsgeber zuzuge machen und heute Arbeiter zu schleudern preis angefertigt verlangen, die manchmal weit über den tatsächlichen Herstellungskosten liegen. Nicht selten werden dann die Aufträge überaus billig übernommen und von unsern Kollegen ungeheuerliche Arbeitsleistungen verlangt, um dem drohenden Defizit aus dem Wege zu gehen. In diese ungesunden Verhältnisse könnte der von beiden Organisationen vereinbarte Tarif Ordnung bringen. Aber den Führern des Arbeitgeberverbandes fehlt trotz guten Willens die Macht, dem leistungsstarken zu verschaffen. Und zu der einzigen wirksamen Maßnahme, nur organisierte Gehilfen zu beschäftigen, um durch Ausschalten aller unrentablen Elemente das Gewerbe wieder zu heben, kann man sich trotz Sympathieerklärungen nicht aufschwingen, obwohl unsere Organisation die Kraft aufbringen könnte, wenn die organisierten Kollegen die Kampfbasis des Verbandes auch auf diesen Zweck ausdehnen würden. Die Zustände in Hamburg sollten nachgerade jeder Beschreibung. Für den Verband ist es unter diesen Umständen nicht gerade leicht sich anzufügen, zumal auch die Opposition und deren Mitarbeiter — wenn ihnen auch sonst keine besondere Bedeutung zukommen ist — doch bei den Unorganisierten willige Ohren finden, wenn sie den Verband, wider besseres Wissen, für das verantwortlich machen. Wenn es dennoch gelungen ist, die Mitgliederzahl um 153 zu erhöhen, so ist das in Anbetracht der ganzen Verhältnisse ein anerkennenswertes Ergebnis. In einigen maßgeblichen Werkstätten haben unsere Kollegen durchgesetzt, daß nur organisierte Kollegen beschäftigt werden. Möge dieses Beispiel auch in anderen geeigneten Betrieben Nachahmung finden. Betriebsvertretungen bestanden in Hamburg in 38 Betrieben mit 100000 Mitgliedern für circa 900 beschäftigte Kollegen. Der große Kampf, der Anfang Januar 1929 auf den Werften Ende ging, hat ein besseres Organisationsverhältnis der dort beschäftigten Berufskollegen nicht gebracht; es werden übrigens meist Ungelernte beschäftigt.

Das Ortskartell war 1929 außerordentlich stark Anspruch genommen. Diese Tätigkeit stellte große Anforderungen an die ehrenamtlichen und besoldeten Funktionäre. Insbesondere war es die Bekämpfung der Schmutzkampagne, über die wir in einem späteren Aufsatze einiges Markantes berichten wollen. Wegen Tarifüberletzungen wurden unter anderem vier Malermeister zur Zahlung von 5 M ersparter Lohnsummen an die Kasse des Ortskartells verurteilt. In einem Fall wurde die Wiedereinstellung eines wegen Forderung seines Tarifrechtes entlassenen Kollegen erzwungen. Klagevertretungen vor dem Arbeitsgericht sind 19 übernommen, davon sind 17 zugunsten der Kollegen entschieden worden. Von besonderer Bedeutung waren zwei Klagen gegen unrechtmäßige Entlassung von Betriebsräten beziehungsweise Obleitern. Beide wurden zugunsten der Kollegen entschieden. Wichtig war die Klage eines kommunistischen Kollegen gegen seinen Betriebsobmann auf Forderung eines Schadenersatzes von 500 M. Der Kollege glaubte, der Betriebsrat habe seiner Entlassung, gegen die er Einspruch erhoben hatte, zu Unrecht gestimmt. Die Klage wurde abgewiesen.

Die Nationalisierungsbestrebungen, durch Anwendung der Spritztechnik schreiten in der Lackiererbranche und auf den Werften ständig vorwärts. Wiederholt mußte die Illalteilung für den Gesundheitschutz der Kollegen bei den Betriebsaufsichtsamtern eintreten. Wo wirkungsvolle Abgasvorrichtungen nicht vorhanden waren, ordneten die Betriebsaufsichtsamter solche an. Bei der Werksfirma Lohm & Vogt kam es zu größeren Komplikationen. Beim Spritzen von Schiffsräumen arbeiteten Ungelernte ohne Masken, wodurch mehrere dieser Leute erkrankten und andere Arbeiter gefährdet wurden. Das Gewerbeaufsichtsamter ist auf unser Ersuchen eingeschritten, hat aber die Anlegung von Masken neuester Konstruktion anordnet, im übrigen aber das Spritzen in offenen Räumen, wohl ein Abzug der Farbnebel nur schlecht möglich ist, zugelassen.

Für die Beschaffung von Winterarbeit hat sich der Ortskartellvorstand zusammen mit den örtlichen Arbeitgeberorganisationen bei den Staats- und Stadtbehörden eingeschrieben, leider ohne greifbaren Erfolg. In der Regel wurde Geldangebot vorgeschickt. Eine Besserung der Beschäftigungslage steht

Um etwas zu gelten, müssen sich die Nullen immer gleich rechts halten.

Ob du unsterblich bist? Das frage die Pfaffen. Verrechnen werden ein Wort sie gewiß für das gestohlene Geld.

Ohne Pfaff, Philister, Professoren Ist jeder Potentat verloren.

„Komm sein sollt ihr und beten.“ — Nun ja doch, Geduld nur: Wir beten: ummlischer Vater, erlös', ach, von dem Uebel uns bald.

Täten wir, was wir sollten, Gott täte, was wir wollten.

Wofft den Messias ihr noch? Nicht kommt er vom Himmel, ihr Völker, reichet euch zum Kampfe die Hand und — der Messias ist da.

Der politische Himmel ist nicht ganz rein. Es droht uns manch' schwarze Wolke. Drum üben wir uns, um stark zu sein. Im Krieg mit dem eigenen Volke.

Bei diesem ew'gen Ruffen Wird's so mit uns bald stehn: Ein Teil des Volkes wird sechser. Der andere sechsen gehn.

Feinde ringsum. Bange? Warum?

in diesem Jahr nicht in Aussicht. Wir müssen daher unsere Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie sich Enttäuschungen ersparen, wenn sie Hamburg fern bleiben. **Stettin.** Am 24. Februar tagte im Volkshaus die Generalversammlung unserer Filiale. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab der Vorsitzende, Kollege Dreßler, in ansehlicher Weise einen Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr. Die auf Jahre zurückreichenden Bemühungen der beiderseitigen Organisationen des Malergewerbes haben dazu geführt, daß seitens der Stadt Mittel für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt wurden. Die Arbeitsbedingungen in der Großindustrie sind nach wie vor ungünstig. Unsere Jugendabteilung hat ihre Stärke behauptet, obwohl ein großer Teil seine Lehrzeit im letzten Jahre beendete. Die Mitgliederbewegung zeigte entsprechend der schlechten Arbeitsgelegenheit nur geringe Veränderungen. Zur Erledigung der Geschäfte fanden 9 Mitgliederversammlungen, 28 Vorstand- und Vertrauensmännerstungen und 4 Kassenrevisionen statt. Eine Regelung zahlreicher Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis und tariflicher Bestimmungen fand in 5 Tarifamtstungen statt. Zahlstellen bestanden am Jahreschluss in Gollnow, Starogard, Anklam und Pasewalk. Kollege Dreßler schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, im neuen Jahre auch die noch Außenstehenden für den Verband zu gewinnen. Im Anschluß gab der Kassierer Schmidt den Kassenbericht. Die beantragte Entlastung ward einstimmig gewährt. Eine wesentliche Diskussion fand nicht statt. Hierauf berichtete der Bezirksleiter, Kollege Jaeschmann, eingehend über die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung für unsere Kollegen. Seine Bemühungen beim Landesarbeitsamt Pommern um Herausnahme unserer Kollegen aus der Sonderregelung für Saisonarbeiter waren nicht ohne Erfolg. Es wurde ihm die Zulage gemacht, daß jeder Unterstufungsfall gründlich geprüft werden soll. Wenn nicht ausgesprochene Bauarbeit vorliegt, sei die Arbeitslosenunterstützung nach den normalen Sätzen — eventuell auch rückwirkend — zu gewähren. Ein Antrag, den Gesamtvorstand in einem Wahlgang auch für das kommende Jahr zu beschäftigen, wird trotz Widerspruch des Kollegen Marks durch Abstimmung angenommen und hierauf die bisherige Filialleitung mit allen gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Nach Erledigung einiger Filialangelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Aus Unternehmertreffen

Der Brandenburgische Malerlag (Landesverband Brandenburg im Reichsbund für das Deutsche Maler- und Lackiererhandwerk, e. V.) fand in der Zeit vom 7. bis 9. März 1930 in Frankfurt a. d. O. statt.

Der an Stelle des verstorbenen Herrn Pump neu gewählte Landesverbandsvorsitzende, Herr Höbner, Berlin, sagte in seiner Begrüßungsrede, daß die Erziehung eines leistungsfähigen und tüchtigen Nachwuchses zu den Hauptaufgaben gehöre. Nicht ein Künstlerproletariat, sondern Handwerker, die im Existenzkampf bestehen, gelte es heranzubilden. Die geldlichen Aufwendungen für Schulen sind sowohl in den einzelnen Innungen, als auch im Landesverband erheblich gestiegen. Erfreulicherweise könne aber festgestellt werden, daß sich die Schulausbildung in aufsteigender Linie bewege. Für den weiteren Fortschritt unseres Gewerbes kulturelle und geistige Waffen einzusetzen, sei entscheidend, dadurch wird der weitere Aufstieg gesichert.

Die dann durch den Frankfurter Obermeister Noack eröffnete Fachausstellung zeigte gegenüber der vorjährigen sowohl in der Anordnung als auch bei den ausgestellten Arbeiten eine erfreuliche sachliche Weiterentwicklung. Der Wert solcher Ausstellungen ist nicht zu verkennen, erhalten doch dadurch die zurückgebliebenen Schulen (Lehrer und Schüler) wertvolle Anregungen. Neben den Arbeiten der Münchner Meisterschule und Arbeiten einzelner Firmen sowie farbiger Behandlung alter Häuserfronten durch die Firmen des Landesverbandes waren diesmal ausgezeichnete Lehrschriftenarbeiten zu sehen, die von hohem fachlichen Können und guter Anleitung Zeugnis ablegten. Prämiert wurden 172 Lehrschriftenarbeiten. 3.

Gewerkschaftliches

Neue Praktiken der Unternehmer.

Früher, in der „guten, alten Zeit“, war es vielfach üblich, daß die Unternehmungen in Zeiten schlechter Konjunktur ihre Arbeiter nicht entließen, sondern auf Lager arbeiten ließen, um die kritische Zeit zu überwinden. Daneben verursachte das vermehrte Angebot von Waren regelmäßig eine oft erhebliche Preisfenkung, diese eine neue Nachfrage und neue Belebung der Konjunktur. Heute wird kein Fertigfabrikat mehr auf Lager genommen, sondern die Ware Menschenkraft wird gelagert, das heißt auf dem Arbeitsamt, auf der Stempelbude.

Daneben ist dann trotz schlechter Konjunktur kaum ein Mehrangebot von Waren zu bemerken, weil fast alle wichtigen Bedarfsartikel durch Truste, Syndikate oder Preis-konventionen erfasst und in der Preisgestaltung beeinflusst werden. Aber die Unternehmer wollen allem Anschein nach auf diese Zwischengewinne (Preiserhöhung infolge vermehrten Angebots, verursacht durch die schlechte Konjunktur) auch noch nicht verzichten. Da sie die Warenpreise nicht herabsetzen wollen, müssen eben nochmals die Löhne herhalten und deshalb werden jetzt schon Lohnkürzungen für das ganze deutsche Vaterland von den Unternehmern in Aussicht gestellt. Wie lange noch wird sich der deutsche Arbeiter solche Methoden gefallen lassen?

Lohnabbau auf der ganzen Linie?

Bekanntlich haben die Unternehmer des gesamten Baugewerbes die bezirklichen Lohnabkommen zum 31. März dieses Jahres gekündigt und fordern auf der ganzen Linie einen allgemeinen Lohnabbau zur Belebung der Wirtschaft, möglichst verbunden mit einer Verlängerung der Arbeitszeit. Bei den Verhandlungen in Westdeutschland wurde der Lohnabbau gewissermaßen als der „letzte Versuch“ von

Unternehmerseite bezeichnet. Dabei brachten die Herren klar zum Ausdruck, daß ihnen mit einem Lohnabbau im Baugewerbe allein absolut nicht gedient sei, sondern nur eine Lohnsenkung auf der ganzen Linie die Konjunktur beleben und die überspannten Zinssätze für Baukapital herunterdrücken könnte. Da heute im westdeutschen Baugewerbe auch die Vertreter der Schwerindustrie ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wird man in diesem Jahr in allen Industrien mit schwierigen Lohnverhandlungen zu rechnen haben. Eine ernste Mahnung an alle Arbeiter und Angestellten, die bis heute noch nicht den Weg zu ihrer Arbeitnehmerorganisation gefunden haben. Wer sich heute noch nicht seiner Gewerkschaft anschließen will, unterstützt die Absichten des Unternehmertums auf Verschlechterung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft.

Arbeiterversicherung

Darf der Arbeitslose bei einem Arbeitsangebot Lohnforderungen stellen?

Nach § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kann das Arbeitsamt dem Arbeitslosen die Unterstufung auf vier Wochen sperren, wenn er eine ihm angebotene Arbeit ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen ablehnt. Die berechtigten Gründe, wegen der ein Arbeitsloser eine Arbeit ablehnen kann, ohne Rechtsnachteile befürchten zu müssen, sind in dem Paragraphen einzeln angeführt. Ein berechtigter Grund liegt nach diesen Bestimmungen nur vor, wenn

1. für die Arbeit nicht der tarifliche oder, soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt wird, oder
2. die Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder seinem körperlichen Zustand oder mit Rücksicht auf sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann, oder
3. die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist, für die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung, oder
4. die Unterkunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist, oder
5. die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.

Es ist an dieser Stelle schon genügend über die Anwendung und Auslegung dieser Vorschriften geschrieben worden, so daß sie jedem Versicherten bekannt sein müßten. Jetzt nun hat das Reichsversicherungsamt zu diesem Paragraphen eine neue Entscheidung gefällt, die für jeden Arbeitnehmer von der allergrößten Wichtigkeit ist. Es heißt in derselben:

Nimmt ein Arbeitsloser ein Arbeitsangebot unter Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstigen Abänderungen an, so gilt dies als Ablehnung des Angebotes.

Da der Wortlaut dieser Entscheidung für viele auf den ersten Blick wohl nicht leicht verständlich ist, so sei auf den Vorgang, der zu derselben führte, kurz eingegangen: Einem Arbeitslosen wurde in der Landwirtschaft Arbeit angeboten. Der Arbeitgeber hatte bei dem Arbeitsamt dafür eine Entlohnung von 70 J pro Stunde zugesagt. Der in Frage kommende Tarifvertrag sah für diese Arbeit einen Stundenlohn von 0,81 M vor. Der dem betreffenden Arbeitgeber zugewiesene Arbeitslose verlangte jedoch einen Stundenlohn von 0,75 M oder 0,75 M und Beköstigung. Da dem Arbeitgeber diese Entlohnung zu hoch war, stellte er den Arbeitslosen nicht ein. Das Arbeitsamt sperrte daraufhin dem Arbeitslosen die Unterstufung auf Grund des oben erwähnten § 90 auf vier Wochen mit der Begründung, daß der Arbeitslose seine weitere Arbeitslosigkeit durch unberechtigte Lohnforderungen selbst verschuldet habe. In dem von dem Arbeitslosen anhängig gemachten Streitverfahren hat das Reichsversicherungsamt in dem oben erwähnten Sinne entschieden, also den Arbeitslosen mit seinen Ansprüchen abgewiesen und die Verhängung der Sperrfrist für richtig erklärt. Daß die Entscheidung für alle Arbeitslosen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, darauf braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden.

In diesem Zusammenhange sei auch noch eine andere Entscheidung der gleichen Behörde vom 1. Februar 1929 erwähnt. Diese Entscheidung, die sich ebenfalls damit befaßt, welchen Lohn der Arbeitslose fordern kann, hat folgenden Grundsatz aufgestellt:

Tariflohn im Sinne des § 90 ist für die angebotene Arbeit ohne Rücksicht auf die früheren Berufe des Arbeitslosen nach der Tarifvertragsordnung zu stande gekommene Lohn.

Nach dieser Entscheidung kann also der Arbeitslose nur den Lohn fordern, der für die von ihm zu übernehmende Arbeit tariflich festgelegt ist. Es spielt dabei keine Rolle, wie hoch der Tariflohn war, unter dem der Arbeitslose früher gearbeitet hat. Eine andere Entscheidung hat festgelegt, daß die nicht rechtl. begründete Vermutung des Arbeitslosen, daß der zugesicherte Lohn nicht gezahlt werden würde, nicht zur Ablehnung der Arbeit berechtigt.

Noch schwieriger ist die Rechtslage dann, wenn kein Tarifvertrag besteht, und der „ortsübliche Lohn“ als Richtschnur angenommen werden muß. Als ortsüblich gilt dabei der Lohn, der am Arbeitsorte, nicht am Wohnorte, des Versicherten gezahlt zu werden pflegt. Auch hier ist der ortsübliche Lohn für die Arbeit oder den Beruf maßgebend, den der Arbeitslose übernehmen soll, nicht der Lohn des Berufes, den er früher ausgeübt hat. So kann beispielsweise dem Arbeitslosen eine Arbeit an einem andern Ort auch zu einem niedrigeren Lohn angeboten werden, als dem Lohnsatz, der an seinem Wohnort üblich ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der Lohnsatz und damit die Lebensverhältnisse an dem andern Orte niedriger sind. Liegen dann keine weiteren Ablehnungsgründe vor, so muß der Arbeitslose die Arbeit annehmen. Eine weitere Entscheidung hat den Grundsatz ausgesprochen, daß auch ein angelernter Arbeiter verpflichtet ist, ungelernete Arbeit anzunehmen, und zwar auch dann, wenn diese geringer entlohnt wird als die frühere Tätigkeit des Arbeitslosen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Sozialhygienischer Tag auf der Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1930. In seinen Auswirkungen von großer Bedeutung verspricht der Sozialhygienische Tag zu werden, der am 1. Juni dieses Jahres anlässlich der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden stattfindet. In wirtschaftlich so schweren Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen die Not der breiten Massen von Tag zu Tag steigt, sollte man allen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben, sehr beachten; mag auch auf den ersten Blick derartige Veranstaltungen nur geringer Nutzen zuerkannt werden: es hat sich gezeigt, daß die Auswirkungen solcher Maßnahmen sehr segensreich sein können. Nicht umsonst verfolgen die Gewerkschaften alle Maßnahmen der Sozialhygiene mit größter Aufmerksamkeit, betrachten sie es doch als eine selbstverständliche Pflicht und ihnen im besonderen Maße zukommende Aufgabe, alle Bestrebungen zu fördern, die ihren Mitgliedern zugute kommen können.

Im Rahmen der Internationalen Hygieneausstellung werden sich an jenen Sozialhygienischen Tag die verschiedensten Kongresse der sozialhygienischen Organisationen anschließen. Auch von ihnen darf man neue Anregungen erhoffen, die — wenn sie wirklich sozialhygienisch sind, also ohne besondere Kosten auch den proletarischen Schichten zugänglich sind — sehr viel Nutzen stiften können. Es lagen u. a.: die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, deren örtliche Organisationen mit Unterstützung der Gewerkschaften sehr viele Vorträge veranstalten konnten, die wesentlich dazu beitrugen, daß die in der ersten Nachkriegszeit besonders häufigen Geschlechtskrankheiten allmählich zurückgedrängt werden konnten; die Deutsche Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz, deren Tätigkeit gerade unsern Frauen wertvolle Dienste leistet, sowie der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung u. a. m.

Die führenden Sozialhygieniker werden Vorträge über ihre besonderen Arbeitsgebiete halten, die Stand und weitere Entwicklungsmöglichkeiten der wichtigsten sozialhygienischen Fragen beleuchten werden. Die Tagungen finden statt in den Versammlungsräumen des Deutschen Hygiene-Museums, das bekanntlich zugleich mit der Ausstellung eröffnet wird.

Soweit diese Tagungen für unsere Mitglieder wichtige Ereignisse bringen, wird an dieser Stelle darüber kurz berichtet werden. E. P., Dresden.

Polizei und Gerichte

Die Gefahren der feuchten Hausfluren. — Ein Passant infolge Malerarbeiten gestürzt. — Erfolgreiche Schadenersatzklage.

Im Oktober 1926 führte der Malermeister H. im Auftrage der Stadtgemeinde Dresden in dem Grundstück Waldpurgisstraße 4, in dem sich eine Wohlfahrtspolizeiwache befindet, Malerarbeiten aus. Als er mit seinem Bruder zunächst damit beschäftigt war, im Hausflur die alte Farbe durch Abwaschen zu entfernen, betrat die Geschäftsinhaberin A. das Haus, um in der Polizeiwache eine Wohnungsangelegenheit zu erledigen. Beim Durchschreiten der Hausflur, die durch das herabgelassene, mit Farbe vermischte Wasser feucht war, glitt sie aus, kam zu Fall und zog sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. Sie klagte deshalb gegen die Stadt Dresden auf Schadenersatz mit der Begründung, daß diese für gefahrenfreie Zugänge zu ihren öffentlichen Dienststellen zu sorgen und diese Pflicht nicht erfüllt habe. Die Beklagte bestritt jedoch jegliche Schadenersatzverpflichtung und hielt die Klägerin für allein schuldig an dem Unfall, da sie durch den Zutritt des Malergehilfen „Achtung, Vorsehen!“ gewarnt worden sei und auch die Schlupfrigkeit des Bodens erkannt habe, aber nicht mit der erforderlichen Vorsicht weitergegangen sei. Land- und Oberlandesgericht Dresden wiesen auch die Klage ab, und zwar letzteres mit folgenden

Entscheidungsgründen:

Darin, daß die Malerarbeiten bei Tag ausgeführt worden sind, liegt kein Verschulden; auch in verkehrsreichen Grundstücken sei es weder üblich noch erforderlich, daß solche Arbeiten in den Hausfluren nachts vorgenommen werden; denn in der Regel sind sie für Unbeteiligte nicht mit großen Gefahren verbunden, sondern nur mit der einer Beispielsweise. Es würde eine Ueberanstrengung der an die Verkehrssicherheit zu stellenden Anforderungen bedeuten, wenn man deshalb verlangen wollte, sie müßten nachts ausgeführt werden. Das Abwaschen der Farbe in einem Hausflur hat jedoch notwendigerweise zur Folge, daß Wasser mit der abgewaschenen Farbe an den Boden fällt, und ihn dadurch im hohen Grade schlupfrig macht; die Möglichkeit des Ausgleitens ist somit gegeben. Das haben aber auch die Handwerker nicht verkannt und sie haben deshalb von sich aus insofern Vorkehrungen getroffen, als sie jeweils nur ein kleines Stück der Decke oder der Wand abgewaschen haben, dann erst wieder den für den Durchgangsverkehr bestimmten Zugang gesäubert und Sand gestreut. Außerdem haben sie Eintretende durch den Zuruf „Achtung, Vorsehen!“ noch besonders auf die Gefahr hingewiesen. Diese Maßnahmen waren zur Verminderung der Gefahr durchaus geeignet. Es kann sich daher nur noch fragen, ob noch weitere Sicherheitsvorkehrungen verlangt werden konnten, etwa durch Aufstellen von Böden. Durch diese Abseuerung wären die Passanten veranlaßt worden, abseits von den Leitern zu gehen; dann hätte sich voraussichtlich der Unfall der Klägerin vermeiden lassen. Das Verschulden, das in der Unterlassung dieser Maßnahmen liegt, ist jedoch außerordentlich gering, da schon durch die von den Malern getroffenen Maßnahmen die Gefahr soweit gemindert war, daß ein ausserordentlicher Fahrlässigkeitsvorwurf dem Verursacher keinen Schaden nehmen konnte. Ursächlich für den Unfall war sonach lediglich das

eigene, weitaus überwiegende Verschulden der Klägerin. Dadurch, daß sie auf den Warnungsruf des Handwerkers nicht achtete, setzte sie sich selbst der Gefahr eines Unfalles aus. Außerdem kürzte sie in Kenntnis des gefährlichen Zustandes der Hausflur den Weg insofern ab, als sie ganz dicht an den Leitern vorbeiging und dort zu Fall kam. — Dieser Urteil bestätigte jetzt das Reichsgericht unter Zurückweisung der Revision der Verunglückten. (VI 540/29 vom 6. März 1930.)

Verchiedenes

Sprachkurse in Berlin.

Anfang April beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung und Sprachlehre, „mir oder mich“, Anfertigung von Aufsätzen.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente.

- Nr. 75c. B. 141 227. Marmorverfahren. Georges Brodbeck, Basel, Schweiz.
- Nr. 82a. N. 56 361. Lacktrockenofen und Verfahren zu seinem Betriebe. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin NW 40, Friedrich-Karl-Ufer 2/4.
- Nr. 75a. M. 104 986. Vorrichtung zum mechanischen Auftragen von Spachtelmasse. Firma Hermann A. Monsees, Bremen, Bismarckstraße 10.
- Nr. 75c. Sch. 90 697. Verfahren zur Drucklusterzeugung bei an sich bekannten Polituren für Kraftfahrzeuge. Franz Schmidt und Karl Wackerle, Stockdorf bei München.

Gebrauchsmuster.

- Nr. 75c. 1 110 964. Parfüm- und dergleichen Zerstäuber. Richard Willy Eikhendorf, Dresden-N 1, Münchener Straße 3.
- Nr. 75c. 1 111 179. Fahrbares und in der Höhe verstellbares Gerüst für Maler und dergleichen. Franz Hehle & Sohn, Mählader, Württemberg.
- Nr. 75c. 1 110 945. Spritzschablone. Hans Heidan, Dresden-N, Bartholomäusstraße 10.
- Nr. 75c. 1 111 173. Farbspritzpistole mit elektrischem Antrieb. Eugen Riehmüller, Stuttgart-Gablenberg, Klingengstraße 93.

Fachliteratur

Anleitungen zu künstlerischer Betätigung auf den Gebieten der Delmalerei, der Aquarellmalerei und der Technik der Malerei im allgemeinen, finden interessierte Kollegen in drei Büchern, die von dem bekannten Verlag Otto Maier in Ravensburg, soeben in neuer Auflage herausgegeben sind. Die „Delmalerei“, Preis 2 M, ist eine von Kurt Wehltke vollständig durchgearbeitete Ergänzung des gleichnamigen Buches von dem Engländer Carlidge, in der auch alle neuzeitlichen Techniken eingehende Berücksichtigung finden. Neben Grundsätzlichem über die Wahl des Materials, die Herstellung eines geeigneten Untergrundes, die Farben und Bindemittel behandelt der Verfasser auch alles andere, was den im Studium begriffenen, den ausübenden Künstler oder den aus Liebhaberei auf diesem Gebiete Tätigen über das genannte Thema informieren kann. Zu den einzelnen Stoffgebieten, Stillleben-, Landschaft-, Porträt-, Akt-, Tiermalerei ist viel Lehrreiches gesagt.

In ähnlicher Form ist das Thema „Aquarellmalerei“ neubearbeitet von F. Nocher, Preis 2,50 M. Eine Fülle praktischer Erfahrungen sind in den einzelnen Abschnitten festgehalten, die für Fachleute wie für Laien wertvoll sind. Dabei ist sowohl der Primärtechnik wie der früher vorzugsweise üblichen Untermalungsweise Rechnung getragen. Weiter ist Albert Wirths „Technik der Malerei“, revidiert von Professor M. Dörner, Preis 2,50 M, erschienen. Das Buch bringt in tabellarischer Uebersicht Farben und Farbstoffe in ihren Eigenschaften, Zusammenstellungen und ihren Verwendungsmöglichkeiten und behandelt sodann ihre Eigenschaften bei den einzelnen Techniken Wand-, Fresko- und Monumentalmalerei sind ebenso eingehend behandelt wie die Ausführung der Del-, Tempera-, Pastell-, Aquarell-, Gouache- und anderer Spezialtechniken.

Wer auf den genannten Gebieten lernen oder sich vervollkommen will, findet in diesen Büchern viel Anregendes. Sie sind, wie jede andere Art Fach- und sonstiger Literatur vom Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, zu Originalpreisen zu beziehen.

Literarisches

Wirtschaftslehre, Kapitalbildung, Finanzen, die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930. Für die Funktionäre herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinem Reichs- und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. 65 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Anhalter 6a.

Sachpreis 1 M, Organisationspreis 75 P. — Diese Broschüre ist weder eine Denkschrift noch eine Agitationschrift; denn sie enthält keine neuen Forderungen oder Richtlinien für die Gewerkschaften; sie will auch nicht in Form kurzer Schlagwörter Arbeit leisten. Wie mehr ist sie eine Aufklärungsschrift für die heutigen Gewerkschaftsfunktionäre, die sich mit wirtschaftspolitischen Dingen eingehender zu befassen haben, und die den Wunsch hegen, sich über die Gesichtspunkte der Arbeit zu verschaffen, auf die es im Kampf um den Lebenspielraum der Arbeitnehmerkraft und um die sozialen Errungenschaften der Republik entscheidend ankommt. Die Kämpfe um den Youngplan, um die Finanzreform, um die Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben in Verbindung mit der augenblicklichen Konjunkturstimmung den Ueberblick über Lage und Entwicklung der Wirtschaft getrübt und erschwert. Hier greift die Aufklärungsschrift ein. Sie schildert mit eingehendem Zahlenmaterial den Aufstieg der deutschen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt, unruhige Entwicklung und Probleme der Kapitalbildung, erläutert kurz den recht unübersichtlichen Aufbau und die Wandlungen des deutschen Finanzsystems und legt die finanziellen Grundlagen dar, auf denen sich die Sozialversicherung aufbaut. Sie beleuchtet also, kurz gesagt, die Ausgangspunkte für die aktive gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik. Die gründliche und gezielte Bearbeitung der verschiedenen Fragen wird unterstützt durch zahlreiche Tabellen und dem Leser durch eine klare Darstellung nähergebracht. Die Schrift wird daher nicht nur den Funktionären nützliche Dienste leisten, sondern sie bildet auch einen brauchbaren Leitfaden für die zahlreichen Schulungsstufen der Gewerkschaften und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung.

Abrechnung vom 4. Quartal 1929.

A. der Filialen: Einnahmen	
Beiträge der Hauptkasse	572 474,30 M
der Filialen	155 506,50 „
Broschüren, Jahrbücher, Protokolle	1 288,05 „
Beiträge zu den Verwaltungskosten	17 089,49 „
Sonstiges „ 5 %	3 408,47 „
Sonstiges	371,45 „
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	49 280,81 „
„Der Maler“	298,40 „
Vermögensverwaltung	18 420,40 „
Sonstiges	495,85 „
Summa	818 598,42 M

A. der Filialen: Ausgaben	
Reiseunterstützung	262,60 M
Arbeitslosenunterstützung	105 585,29 „
Krankenunterstützung	50 583,33 „
Sterbeunterstützung	7 208, — „
Rechtschutz	136,15 „
Streikunterstützung	207,30 „
Gemäßregelungenunterstützung	19,60 „
Gehälter der Filialangestellten	58 887,58 „
Versicherungsbeiträge	3 115,14 „
Sonstige Ausgaben	298,68 „
Verlust	15,68 „
In den Filialen verblieben	155 506,50 „
B. der Hauptkasse:	
„Der Maler“	24 953, — „
„Der Lackierer“	1 006,65 „
Malerjugend	2 112,50 „
Beitrag an den ADGB	2 505,20 „
Statistik und Bibliothek	587,15 „
Bildungsbücherei	11 789,56 „
Agitation, Konferenzen	15 403,33 „
Drucksachen	3 080,18 „
Flugblätter, Broschüren, Protokolle	870, — „
Verwaltungskosten, persönliche	17 222,94 „
„ „ sachliche	8 373,02 „
Versicherungsbeiträge	23 986,05 „
Bundeschule ADGB	12 909, — „
Sonstige Ausgaben	1 101,20 „
An die Vermögensverwaltung	30 276,95 „
Bezirksleistungen	20 400, — „
Mehreinnahmen	195 240,84 „
Summa	818 598,42 M

Hamburg, den 21. März 1930.

Louis Ringel, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Hans Bag, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs, Bruno Müller.

Vom 24. März bis 30. März ist die 13. Beitragswoche, vom 31. März bis 6. April ist die 14. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Braunschweig. Am 30. Januar starb der Kollege Henry Schmidt an den Folgen einer Magenoperation. Er erreichte ein Alter von 57 Jahren. Wir werden seiner gedenken.

Frankfurt a. Main. Am 14. März starb unser treuer Kollege Johann Becker aus Niederrhausen im Alter von 51 Jahren.

Ehrendem Andenken!

Für kleine Schlafzimmereubelfabrik in mittlerem Orte Norddeutschlands wird zum baldigen Antritt ein unverheirateter, flotter

Holzmalerei

gesucht, der in allen Arbeiten firm und an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Materialkenntnisse und erstklassige Arbeitsausführungen unter Berücksichtigung der modernen Ader- und Lackertechnik sind Voraussetzung. Bei gutem Arbeitserfolg ausbaufähige

Dauerstellung.

Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung von Zeichnungen bzw. Arbeitsproben sind zu richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter M. S. 31.